

Anfrage

der Abgeordneten Amrita Enzinger an den Landesrat Mag. Johann Heuras
gemäß § 39 Abs. 2 LGO 2001

betreffend **Nahverkehrsförderung**

Begründung

Der Verkehr trägt einen immer größer werdenden Anteil zur Verfehlung der österreichischen Klimaschutzziele bei. In keinem anderen Bereich sind die CO₂-Emissionen derart massiv angestiegen wie im Verkehr – und in keinem anderen Sektor gibt es höhere Abweichungen von den angestrebten Klimaschutzzielen.

Der Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs ist daher Gebot der Stunde – nicht nur aus Gründen des Klimaschutzes, sondern auch aus sozialen Gründen. Denn noch ist der Öffentliche Verkehr, trotz der angekündigten massiven Tarifierhöhung von ÖBB und VOR, die kostengünstige Alternative zum PKW.

Mit dieser Begründung wurde 2007 eine Erhöhung der Mineralölsteuer beschlossen, die dem Ausbau des Öffentlichen Nahverkehrs im Bund und in den Ländern zugute kommen sollte. Die parlamentarischen Materialien (http://www.parlinkom.gv.at/PG/DE/XXIII/II_00043/fnameorig_074858.html) führten damals an, dass:

2007: 23 Mio Euro für die Länder und 17 Mio Euro für die Gemeinden

2008: 73 Mio Euro für die Länder und 55 Mio Euro für die Gemeinden

2009: 72 Mio Euro für die Länder und 54 Mio Euro für die Gemeinden

mehr zur Verbesserung des Öffentlichen Nahverkehrs zur Verfügung stehen sollten.

In seiner Budgetrede hat LR Sobotka angeführt, dass im Budget 2009 des Landes Niederösterreich 2009 insgesamt 400 Mio Euro für den Verkehr zur Verfügung stehen. Über die Aufteilung dieser Mittel zwischen Öffentlichem Verkehr und Individualverkehr gab er keine näheren Auskünfte.

Im Budgetprogramm 2008-2013 ist zwar von laufenden Steigerungen der Ausgaben im Verkehrsbereich die Rede, konkrete Zahlen fehlen aber. Zitat: „Straße und Verkehr Die bisherigen Zweckzuschüsse des Bundes für Straßen wurden im neuen Finanzausgleich in Ertragsanteile umgewandelt. Für die nächsten Jahre wird unterstellt, dass die Ausgaben im Bereich der Straßen jährlich um etwa 2,6% zunehmen. Das würde einen geringfügigen, realen Zuwachs der Ausgaben ermöglichen. Im sonstigen Verkehr, insbesondere im Nahverkehr, hat das Land Niederösterreich zwischen 2000 bis 2007 jährlich um 3,9% mehr ausgegeben. Diese Zunahme wird auch für den Zeitraum bis 2013 beibehalten. Auch in diesem Bereich

wurden die bisherigen Zweckzuschüsse für den Nahverkehr (aus der Mineralölsteuer) in Ertragsanteile umgewandelt.“

Die unterzeichnete Abgeordnete stellt daher nachfolgende Anfrage an Landesrat Heuras

Anfrage

1. Wie hoch sind die zusätzlichen Mittel, die das Land NÖ und die niederösterreichischen Gemeinden aus der Erhöhung der Mineralölsteuer 2007 in den Jahren 2007, 2008 und 2009 lukriert haben?
2. Wie können die Gemeinden diese zusätzlichen Mittel in Anspruch nehmen?
3. Sind die Gemeindemittel aus der MÖSt-Erhöhung für den Öffentlichen Verkehr zweckgewidmet?
4. Wie erfolgt eine Evaluierung der aus diesen Mitteln finanzierten Maßnahmen auf Gemeindeebene?
5. Welche Summen stellt / stellte das Land Niederösterreich für die sog. „Bestellverkehre“ in den Jahren 2006, 2007, 2008 und 2009 zur Verfügung?
6. Welche Summen stellt / stellte das Land Niederösterreich in anderer Form für den Öffentlichen Verkehr in den Jahren 2006, 2007, 2008 und 2009 zur Verfügung? Welche Ausgaben sind in diesen Summen enthalten?
7. Welche Summen stellt / stellte das Land Niederösterreich in anderer Form für motorisierten Individualverkehr in den Jahren 2006, 2007, 2008 und 2009 zur Verfügung? Welche Ausgaben sind in diesen Summen enthalten?
8. Welche Klimaschutzziele hat sich das Land Niederösterreich im Sektor Verkehr gesetzt?
9. Welche Maßnahmen werden zur Erreichung dieser Klimaschutzziele im Sektor Verkehr gesetzt?
10. Aufgrund welcher Berechnungen gehen Sie von der ausreichenden Wirksamkeit dieser Maßnahmen zur Erreichung der Klimaschutzziele im Sektor Verkehr aus?
11. Wie erfolgt die Evaluierung der Wirksamkeit dieser Maßnahmen?

LAbg. Amrita Enzinger